

Schwarzwälder Tageszeitung

Der 7. Jahrgang

„Aus den Tannen“

Spezialpreis Nr. 17

Anteilhaber für den Bezirk Nagold und für Allensberg-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 2000 M., mit Zustellungsbüchlein. Ein einzelnes Exemplar 150 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 150 M., die Reklamzeile 400 M., Mindestbetrag eines Auftrags 600 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt vollständig.

Nr. 109.

Allensberg, Samstag den 12. Mai.

Seitgang 1918

Sonntagsgedanken.

Die höchsten, die mannigfaltigsten und die anhaltendsten Genüsse sind die geistigen, wie sehr auch wir in der Jugend uns darüber täuschen mögen.
Schopenhauer.

Zur Lage.

Eine schwarze Woche auf politischem Gebiet neigt sich zu Ende, die in höchstem Widerspruch stand zu dem mächtigen Glanz schöner Frühlingstage, die Menschen Herzen mit neuen Hoffnungen und frischem Lebensmut erfüllten. Die Besessenen haben wieder Recht behalten. Frankreich und Belgien haben am vergangenen Sonntag in Berlin ihre ablehnende Antwort auf die deutsche Note mit dem Angebot von 30 Milliarden zur Regelung der Reparationen überreicht. Ihre Antwortnote, die in ihrer Form ungemein scharf und in ihrer Beweisführung beleidigend ist, da sie in der Hauptsache aus Verdrehungen, Entstellungen und Unwahrheiten besteht. Die Aufgabe des passiven Widerstands an der Ruhr wird zur Vorbedingung für Verhandlungen gemacht und die Räumung des neubefestigten Gebiets soll erst nach Zahlung der Entschädigungen geschehen. Die französische Note ist zugleich eine Werbeschrift an die Völker der Welt, um Frankreichs Ziele zu verbeden, zu rechtfertigen und zu beschönigen.

Unterdessen hat Frankreich durch Schreckensurteile in Verdun, Düsseldorf und Mainz eine andere Propaganda für sich gemacht, die das Gefühl der Gerechtigkeit in der Welt doch etwas wie beleidigt. „Im Namen des französischen Volkes“ hat das Militärgericht in Verdun — obwohl im Namen Frankreichs im Deutschen Reich niemand Recht zu sprechen hat — Krupp von Bohlen und 10 Direktoren und Beamte zu 145 1/2 Jahren Gefängnis und 850 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht konstruierte ein Komplott und eine Störung der öffentlichen Ordnung durch die Angeklagten auf Grund von Zeugenaussagen eines französischen Offiziers und eines französischen Soldaten, die sämtlich den eblischen Aussagen der deutschen Betriebsratsmitglieder von Krupp gegenüberstanden. Wenn Verbrecher zu Gericht sitzen, kommen die ausländischen Leute ins Gefängnis. Am Karfreitag benahmten sich die Franzosen wie Mörder und erschossen 16 deutsche Arbeiter und verwundeten 50 weitere schwer — ohne Anlaß, nur weil sie sich durch die Arbeitsniederlegung und Massenankommung wie das Eisenengel bei Krupp bedrückt fühlten und den gesamten Raub von Automobilen nicht ausführen konnten. Und nun fällte die Mörderhand ein Schandurteil, wie es die Welt kaum erlebte, ein politisches und terroristisches Tendenzurteil. Der aus Genf stammende Verteidiger der Angeklagten, Dr. Moriau, der sich als Freund Frankreichs bezeichnete und in hohen Tönen den Sieg der Gerechtigkeit predigte, ist schwer enttäuscht worden, so daß er klagen mußte, die Ehre des französischen Volkes sei besudelt und in den Staub getreten. Die Franzosen fragen eben nichts nach Recht und Gerechtigkeit. Nicht erst seit dem Tage des Ruhrbruchs, schon im Jahre und Jahrhunderten.

Und fast gleichzeitig hat der französische Militarismus in Mainz 17 Eisenbahnbeamte, Gewerkschaftsführer und Verbandsangestellte zu unerhört hohen Gefängnisstrafen und in Düsseldorf Kaufleute, Ingenieure, Studenten, Handwerker zu noch höheren Freiheits- und Geldstrafen, in einem Falle sogar zur Todesstrafe verurteilt. Nur mit verhaltenem Ingrimm kann man diese Urteile irrsinniger Verbrecher lesen. Verachtung und Entschädigung sprechen auch die amtlichen Kundgebungen der Reichsregierung, des Reichspräsidenten und der Reichsminister gegenüber den französischen Teufeln aus — mehr kann das entwaffnete ohnmächtige Deutschland nicht tun. Die französische Schandjustiz wird den deutschen Widerstand nur lählen, wie dies aus den neuesten Zusammenhängen des Wirtschaftsausschusses und der Gewerkschaften des Ruhrgebiets hervorgeht. Sie hat eine neue Saat des Hasses gesät, die einmal, und wenn auch erst in fernem Zeiten, aufgehen wird.

Frankreichs Antwort auf die deutsche Note hat in England eine Kritik erfahren, die man in Paris schon längst vermehrte. In London führte sich Lord Curzon penibel berät und gekränkt, weil das französisch-belgische Botschaften nicht nur „unhöflich“ gegen England sei, sondern auch „schändlich“ für die Regelung der Reparationen

würde. Aber diesen Kerger wird man in London „un-unterschieden“ müssen; denn die englische Politik bleibt nach wie vor französisch eingestellt. England hat sich zwar die Freundschaft Italiens gesichert — der englische König war in Rom und Bonar Law folgt auf seiner Erholungsreise nach — aber es wird nicht mehr erreichen, als daß vielleicht mit Hilfe Italiens eine neue Aussprache der Alliierten über die Reparationen eingeleitet oder weitergeführt wird. Ueber die Schreckensurteile an Ruhr und Rhein urteilt die englische und italienische Presse wohl über, doch noch nicht in dem Maße wie etwa über das Todesurteil der Russen und dessen Vollzug gegenüber einem Bischof, was man in London zum Anlaß nahm, eine Art Ultimatum mit Abbruch der englisch-russischen Beziehungen nach Moskau zu richten. In Paris kommt man sich in dem Gedanken, daß man „mächtig und gefürchtet“ ist. Nicht nur für Deutschland, auch gegenüber England weiß man, daß die französische Luftstimmung überlegen ist. Großmütig beantwortet deshalb die französische Presse die Gründung eines französisch-englischen Schutzbündnisses zur See und in der Luft. Trotzdem aber erwartet man in Paris mit einem gewissen Unbehagen die englische Antwort; sie soll sich übrigens mit der italienischen decken. Reichskanzler Dr. Cuno wird im Reichstag auf diese Schriftstücke der Alliierten in kommender Woche erwidern. Bis dorthin wird man auch wissen, ob die englische Antwort, wie die Blätter melden, die deutschen Vorschläge als „angenehm“ und „unangemessen“ erklärt, aber die Verhandlungsmöglichkeiten unterstützt und neue deutsche Vorschläge verlangt. Poincaré hat unterdessen vor Kriegsteilnehmern in Vichy eine neue Hezrede gegen Deutschland gehalten und Mut, Geduld und Selbstvertrauen gepredigt, eine Advokatenrede in überlittertem Sinne des Wortes, wie man es nachgerade gewohnt ist.

Wie das Bild der deutschen Außenpolitik durch den französischen Militarismus getrübt ist und keinen Ausblick für die Zukunft aufweist, so legen sich diese äußeren Schattens und andere dazu auf die innerdeutschen politischen Verhältnisse. Von der Linken hofft man noch immer mit positivistischen und internationalen Ideen auf die Lösung aller der deutschen Schwierigkeiten. Man erwartet dort jetzt ein weitergehendes Angebot Deutschlands, neue Vorschläge mit Garantien und Erfassung der Sachwerte, damit der Ruhrkonflikt beigelegt wird. Diese Forderung wird in der Linkspresse unter dem Schlagwort „Regierungskrise“ kolportiert, um die innenpolitische Forderung zu decken, die Regierung Dr. Cuno bilde nicht mehr von den Deutschnationalen unterstützt werden. Parteifische statt Einheitsfront. Alte Erbäuel des deutschen Volkes, Kinderkrankheiten, die wir nie zu übersehen scheinen. Und von rechts wird, zumal in Bayern, die nationalsozialistische Bewegung vorgetrieben, von links, vor allem in Sachsen, die kommunistische Propaganda bis ins Ruhrgebiet geleitet, so daß es höchste Zeit war, daß man geschäftsbereich eingriff. In Bayern durch eine besondere Verordnung und einen Versuch, im Reichstag durch die Annahme des gemilderten Versammlungsvorgangsgegesetzes — gegen die Linke. Auch innenpolitisch schwarze Gewitterwolken mancherlei Art!

In Lausanne gedeiht der Orientfriede nicht rasch heran. Die Türken haben sich England angeschlossen und Frankreich von ihrer Seite abgedrängt. Ob die Franzosen die hundertfachen Griechen noch einmal finanzieren und an den Wagen ihrer politischen Ziele im nahen Osten spannen, muß sich zeigen. Vielleicht nur soweit, um die Engländer am Rhein müde zu machen. Die Unstimmigkeiten der Alliierten sind bisher immer auf Kosten Deutschlands ausgegangen. Das Attentat auf den russischen Bevollmächtigten Worowski ist zwar auf einen Schweizer Kufisten zurückzuführen, aber es zeigt die Spannungen, die in Lausanne bestehen. Denn um die Zulassung dieses Sowjetvertreters ging in den letzten Tagen der Streit.

Auch für einen halben Monat

kann unsere Zeitung bezogen werden!
Bestellungen sind sofort zu machen!
Preis 1400 Mark.

Neues vom Tage.

Verchiebung der Kanzlerrede.

Berlin, 11. Mai. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, hat der Reichskanzler die Absicht, am Freitag anlässlich der dritten Lesung seines Haushalts in einer Rede zu den Antworten der Verbündeten auf die letzte deutsche Note Stellung zu nehmen, aufzugeben, da bis dahin die englische und die italienische Note noch nicht zu erwarten sind. Die dritte Lesung des Haushalts des Reichskanzlers ist auf nächste Woche verschoben worden.

Verordnung der bayerischen Regierung.

München, 11. Mai. Die bayerische Regierung hat eine aus 12 Paragraphen bestehende und sofort in Wirksamkeit tretende Verordnung erlassen, die sich gegen die verächtliche Zusammenarbeit mit dem Feinde, gegen Versammlungsversuche, gegen eine unerlaubte Plakatpropaganda, gegen gewisse Selbstschutzvereinigungen und gegen Vergehen gegen die Presse wendet. In einem Aufruf wendet sich die bayerische Regierung an alle wahrhaft vaterländischen Kreise, sich vertrauensvoll um die ihrer nationalen Pflicht bewusste Regierung zu scharen und sie in der Abwehr aller Angriffe gegen die öffentliche Ordnung zu unterstützen.

Die Krupp-Direktoren im Gefängnis zu Düsseldorf.

Paris, 11. Mai. Der „Matin“ läßt sich aus Verdun melden, daß Krupp v. Bohlen und die anderen verurteilten Direktoren auf Befehl des Generals Dégoutte nach dem Gefängnis in Düsseldorf gebracht worden sind und daß das dortige Kriegsgericht über die Verurteilung in 8 Tagen beschließen werde.

Französische Schandjustiz.

Düsseldorf, 11. Mai. Das französische Kriegsgericht hat den Kaufmann Schlageter aus Berlin zum Tode, den Kaufmann Sadowski aus Essen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, den Studenten der Medizin Becker zu 15 Jahren Zwangsarbeit, den Schloffer Bärner aus Potsdam zu 20 Jahren Zwangsarbeit, den Gelahner Bising aus Essen zu 5 Jahren Gefängnis und den Kaufmann Kuhlmann zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, zum Schaden der Besatzungstruppen Nachrichten gesammelt und nach Berlin übermittelt zu haben, ferner sollen sie Anschläge gegen Bahnanlagen, Sprengungen und dergleichen verübt oder verursacht haben. Sadowski soll sich außerdem noch in einer neuen Verhandlung wegen der Erschießung des französischen Spitzels Sinder verantworten.

Sonn, 11. Mai. Vom französischen Kriegsgericht wurde ein Zollbeamter zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Millionen M. Geldstrafe verurteilt, weil er nach der Beschlagnahme noch Geld zu den Lohnzahlungen verwandt hat. Ein anderer Beamter, wegen des gleichen Falles angeklagt, erhielt 3 Monate Gefängnis und 5 Millionen M. Geldstrafe.

Besthalten am passiven Widerstand.

Essen, 11. Mai. Eine Konferenz der Vertrauensleute des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter hat am Stammsabstimmungstage eine Entschliessung angenommen, in der es zum Schluß heißt, daß die christlich organisierten Arbeiter nach wie vor am passiven Widerstand festhalten, bis der französische Imperialismus von den wahnsinnigen Vernichtungsplänen Abstand nimmt und zu friedlicher Verständigung bereit ist, ferner das widerrechtlich besetzte Gebiet räumt und die Inhaftierten in Freiheit setzt, damit Deutschland als gleichberechtigte Nation am Wiederaufbau Europas mitwirken kann.

Eine Hezrede Poincarés.

Paris, 11. Mai. In Blois hat Poincaré bei einem Essen der nationalen Kriegervereinigung eine Rede gehalten. Er bemühte sich aufs neue, die Befehung des Ruhrgebiets zu rechtfertigen. Er erklärte u. a., Frankreich sei entschlossen, sich seinen Sieg nicht entreißen zu lassen. Er bestrebe auf dem Mindestmaß von Entschädigungen, die der Versailler Vertrag ihm verbürgt habe. Als klar geworden sei, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht halten wolle, hätten die Mitglieder der französischen Regierung, eng geschart um den höchsten Beamten der Republik, die Stunde der Erfassung von Pfändern gekommen geglaubt. Sie hätten diese dort gefunden, wo die deutsche Großindustrie ihr Hauptquartier habe, von dem aus sie in anmaßender Unmässigkeit die Berliner Politik zu leiten beanspruche. Die deutsche Regierung habe sofort erkannt, daß die Ruhrpolitik zu einem sicheren Erfolg führen werde, wenn es Frankreich gelänge, sie einige Monate durchzuführen. Deutschland habe deshalb alles getan, um Frankreichs Geduld zu erschöpfen und ausländische Vermittlung durch Entstellung der französischen Absichten und durch Verleumdung des Verhal-

Zum Sonntag.

Was erwartest du von dem bevorstehenden Sonntag? Meinst du auch, es müsse notwendig einmal wieder eine besondere, offensichtliche Geistesausguss geben? Und was wäre ihre Wirkung? Es müsste mit einem Schlag anders werden, die Menschen viel besser, die Verhältnisse glücklicher, die Christenheit lebendiger! — Gewiß, Gott kann auch heute noch Wunder tun. Aber er tut sie nicht an denen, die auf Wunder ungeduldig warten. Ja, durch ein plötzliches Wunder innerlich umgestaltet werden, wäre großartig und bequem, das ginge rasch vor sich, ohne allzu viel Schmerzen und Selbstverleugnung. Aber solche Hoffnung wird dich trügen. Bei den meisten Menschen geht Gott im Berborgenen und unauffällig vor. Darum wohl allen, die täglich in aller Stille um den heiligen Geist eingen und seinem Triebe gehorchen. Sie brauchen auf nichts Außerordentliches zu warten. Und sie allein hätten auch Gewinn von einer besonderen Geistesausgussung. M. St.

— Grandi. Der sechste Sonntag nach Ostern und zugleich der Sonntag vor Pfingsten heißt im Kirchenkalender „Grandi“ d. h. „erhöre“, nach dem Psalmvers 27, 7: „Herr, höre meine Stimme, wenn ich rufe; sei mir gnädig und erhöre mich“, der an diesem Sonntag in der alten christlichen Kirche gesungen wurde.

— Der heiße 7. Mai. Es ist festgestellt, daß der vergangene Montag der heißeste 7. Mai seit 1869 gewesen ist.

P.B. Gemeinderatsitzung vom 9. Mai. Anwesend: der Vorsitzende, vom Gemeinderat 13 Mitglieder. Zu Beginn der Sitzung werden verschiedene Einläufe zur Kenntnis genommen und dem hierigen Fußballspielclub sein Ersuchen die Erlaubnis zur Benutzung eines Anlieberaums in der Stadt Badenstadt erteilt. — Bei einem Verkauf von 328 Fm. Stammholz aus Stadtwald Engwald wurden Höchstebote von 778 bis 807%, im Durchschnitt 798% der Forstz. abgegeben, ebenso wurden für Populenholz bis zu 55000 M pro Hm. eifrig. Die Gebote bei einem Stangenverkauf befreitigten dagegen weniger, doch kommt der Gemeinderat zu dem Beschluß, sämtliche Verkäufe zu genehmigen. Ein Verkauf von 108 Loen Moos- und Heidelbeerstreu aus Stadtwald Engwald und Hagwald erbrachte einen Erlös von 580000 M., auch dieser Verkauf findet Genehmigung. Hofmeister Müller berichtet, daß aus Stadtwald Markhalde, Engwald und Hagwald demnächst insgesamt ca 1000 Fm. Fichtenstammholz zum Schlag kommen; der Verkauf an Wehrbrände hieraus soll diesmal noch dem Fm. Holz berechnen dem öffentlichen Verkauf unterstellt werden. — Durch den Wohnhausneubau auf dem Tafelchen Bräuplatz wurde die Frage der Kirchenkorrektur beim Stadtpfarrhaus angeregt und vom Gemeinderat das Gelände beschlagnahmt; im Hinblick auf die hohen Kosten wird indes dieses Projekt zurückgestellt, dagegen die Korrektur der Westseite vom Rathaus bis zum Waghans 3. Oden beschloffen. — Eine nochmalige Beratung in Sachen der Schaffung einer Energieerzeugungsanlage im Stadt-Schlachthaus ergibt wiederholt einstimmig einen ablehnenden Beschluß, da die Wegzweiger nicht abzunehmen zu können. Die weitere Steigerung der Rohölpreise und Arbeitslöhne erfordert eine übermäßige Erhöhung der Strompreise des Stadt-Elektrizitätswerks; der Gemeinderat beschließt solche für den Monat Mai festzusetzen für d. R. M. auf M. 200. — für Licht und M. 180. — für Kraftstrom. — Der Waggelbrenntarif wird ebenfalls um das Doppelte des bisherigen Satzes erhöht. — Von der mit Wirkung ab 11. Mai eintretenden Mietpreissteigerung nimmt der Gemeinderat Kenntnis und beschließt den Sammelstellenpreis auf M. 580. — per Liter festzusetzen, wobei aus der Stadtkasse noch ein notwendiger Zuschuß geleistet wird. — Vergeben werden für die beiden Wohnhausneubauten in der oberen Stadt und an der Poststraße die ausgeschriebenen Bauaufträge, auch kommen noch verschiedene Wohnungssachen zur Versteigerung.

Genwanderung nach Liebenzell.

„Was lauern und trauern, wer will, hinter Mauern, ich lahr in die Welt.“

So dachte die jungschöne Schar der Turner und Turnerinnen, die am 6. Mai in aller Frühe sich aufmachten, um dem herrlich im Ragoldtal gelegenen Liebenzell, dem Wanderziel des Ragoldganges der Deutschen Turnerschaft, zuzustreben. Nachdem der Wettergott ein griesgrämiges Gesicht aufgesetzt hatte, waren sie herbeigeeilt, Männlein und Weiblein aus den weitestgelegenen Dörfern und Städten, um nach alter Väter Weise zu wandern. Und er hatte ein Einsehen der Alie. Schon auf dem Weg nach der ersten Etappe verwandelte sich, wohl unter den Klängen der fröhlich schmetternden Marschlieder, die Miene zusehends ins Gegenteil, so daß die Klostermauern Hilsau schon die vielen Schwelbstrapsen nicht mehr zählen und sammeln konnte. Unter der allgewaltigen Ulme erscholl aus Hunderten froher Lärmerleien als neues Gelächers das alte und doch immer wieder neue „Auf, ihr Turner, laßt uns wachen.“ In stillem Gange verlegte sich mancher Teilnehmer in die Zeit zurück, da diese Stätte noch wiederholte vom Chorgesang der Klosterbrüder und mit stillem Jugrinn gedachte er der Schwermutzeit als diese Stätte ein Raub der Flammen wurde. Der Marsch durch das einzigartige, schöne Schweinbachtal war dann angehen, jene Gebirge weiterzuspinnen und das doppelt weit zu schäzen, was keine Feuersgewalt und keine Raubgier und entziehen kann, die Naturschönheiten unserer Heimat. Wenn auch die mächtig ragenden Bäume nur Tannen waren, so hätte doch ihr Anblick unsern Entschluß, auszuhalten und stillzustehen trotz Sturm und Wetternacht. Dem Gang durch das Felsenmeer bekam man so recht den Eindruck, was die Natur selber schafft und wie sie immerfort besteht ist, ist

Das Verhalten des 20. Jahrhunderts betrachte den Widerstand gegen die Inflation durch die französischen Truppen als ein Verbrechen und zerschöre, um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen, seinen eigenen Ruf. Die „Westminster Gazette“ sagt: Die britische Regierung werde vielleicht nicht den Mut haben, irgendeine öffentliche Vorstellung wegen der Verdener Urteile zu machen, aber das französische Volk könne aus der englischen Presse die Warnung entnehmen, daß es das Gefühl der Gerechtigkeit beleidigt habe, das bei dem Durchschnittsengländer vorhanden sei. Die Verdener Urteile stehen durch ihre Strenge fast jedem Teil der politischen Meinung in England vor den Kopf. Das Blatt erwartet davon eine Festigung des politischen Widerstandes in allen Klassen Deutschlands.

Deutscher Reichstag.

Um die Markführung.

Berlin, 9. Mai.

Bei der Interpellation der Mittelparteien über den Markführungs- und dem sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses begrüßte Abg. Lange-Begermann (Zentr.) die Tätigkeit des Sparauschusses. Er empfahl einen Gesetzentwurf, der die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und die Abverchschaftsteuer auf den 10prozentigen Betrag dessen festsetzen will, was 1922 veranlagt wird. Abg. Lamowach (D.naff.) bedauerte die Anleiheret der Banken, die seit Monaten zu den Aktienkäufen aufgefordert hätten und verteidigte die Industrien gegen den Vorwurf, den Markführungs begünstigt zu haben. Er forderte Maßnahmen gegen die Wärsen, die völlig in jüdischen Händen seien. Abg. Zang (D.Sp.) schilderte die wirtschaftliche Not, die schon dazu geführt hat, daß wir nicht mehr konkurrenzfähig sind und daß die Betriebsmittel immer mehr abnehmen. Die beste Finanzpolitik sei eine gute Wirtschaftspolitik zur Steigerung der Produktion. Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) stimmte der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu, warnte aber davor, im Volk die Meinung zu verbreiten, als ob jeder Handel mit Devisen von vornherein strafbar sei. An dem guten Willen der deutschen Wirtschaft sei nicht zu zweifeln. Der Redner schlägt die Einführung einer festen Steuermark vor. Auch der Abg. Böhm (Daher.Sp.) warnte davor, die Kräfte der Industrie zu überschätzen, die doch eine wichtige Rückversicherung für die Arbeiter sei. Reichsfinanzminister Dr. Hermes verzichtete auf eine große Rede, nachdem er im Ausschuß sich ausführlich zu den schwebenden Finanzfragen geäußert hatte. Er teilte mit, daß die Reichsregierung zur Markstellung Ermittlungen bei den am Devisenhandel beteiligten wichtigsten Kreisen eingeleitet habe, daß das Ergebnis aber noch nicht vorliege. Der Minister gab die Versicherung, daß die Reichsregierung und die Reichsbank es auch in Zukunft an nichts fehlen lassen würden zur weiteren Stützung der Mark. Er schloß mit dem Hinweis darauf, daß unsere trostlose Finanz- und Wirtschaftslage in erster Linie das Ergebnis der Politik Frankreichs und Belgiens ist. Dieser Weg könne nur zum Verderben führen. Alle Kräfte müßten eingesetzt werden für eine sachliche und dauernde Lösung der Reparationsfrage.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai.

Im Reichstag gedachte am Freitag der Präsident zunächst des verstorbenen Abg. Edler von Braun (D.naff.), dessen Verdienste als Leiter des Kriegsernährungsamtes und Präsidenten des Reichswirtschaftsrates er würdigte. Das Haus nahm dann die 8. Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die verschiedene Gärten befestigt, an und verwies einen sozialdemokratischen Antrag, der die Kosten des Ruheerbruchs durch eine Belastung der hohen Einkommen und Vermögen decken will, sowie einen kommunistischen Antrag auf Erfassung der Sachwerte an denselben Ausschuß. Beim Haushalt der allgemeinen Finanzlage wurde eine sog. Entschliebung angenommen, die für Fleisch- und Wurstwaren vorübergehende Zollerleichterungen verlangt. Das Haus begann sodann mit der 2. Lesung des Gesetzes über Mieterhöhung und Mietverhältnisse. Nach § 1 der Vorlage können Mietverhältnisse nur aus bestimmten Gründen aufgehoben werden. So kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt, wenn er einen unangemessenen Gebrauch von seiner Wohnung macht oder diese vernachlässigt, wenn er seine Wohnung unbesetzt einem Dritten überläßt, wenn der Mieter an 2 Terminen den Mietzins schuldig bleibt und wenn schließlich der Vermieter an der Erlangung des Mietzins ein so dringendes Interesse hat, daß, selbst bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters, ihre Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter sein würde. Abg. Obermeyer (Soz.) verteidigte die Wohnungszwangswirtschaft. Abg. Guttmacht (D.naff.) verlangte freie Wirtschaft, durch die allein das Wohnungsproblem gesunde. Abg. Bergmann (D.Sp.) fand dem Gesetz mit Bedenken gegenüber. Abg. Gremmel (Zentr.) schilderte die Erbitterung, die im Volk über das Elend der valutostracker Ausländer herrsche. Abg. Knieß (Dem.) erhofft von der Vorlage eine Einigung zwischen Mieter und Hausbesitzern, während Abg. Schirmer-Franken (Daher.Sp.) in ihr einen Fortschritt bezweifle, weil sie eine Lockerung der bisherigen strengen Schutzbestimmungen bringe. Abg. Gishorn (Komm.) bekämpfte schließlich die Wohnungspolitik des Reiches. Die Ausschußbeschlüsse wurden in 2. Lesung im wesentlichen aufrechterhalten.

Gaben für das Ruhrgebiet

nehmen fortgesetzt die bekannten Sammelstellen, sowie die Geschäftsstelle dieses Blattes entgegen.

rens der Franzosen im ausgezogen zu veranlassen. Deutschland habe zur Bekämpfung der Inflation das Gold der Reichsbank und seine Devisen verwendet und sich dadurch der Gefahr einer baldigen Katastrophe ausgesetzt. Als es sich verloren fühlte, habe es in trügerischen Vorschlägen ein Mittel versucht, dem Zusammenbruch zu entgehen, den sein Hochmut und sein Wahnsinn vorbereitet hätten. Deutschland habe durch diesen Vorschlag verraten, daß es das eigentliche Ziel verfolgte, den Versailles Vertrag zu verleugnen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, den Sieg Frankreichs zu vernichten und für eine nahe Zukunft die wirtschaftliche und militärische „Rewanche“ Deutschlands vorzubereiten. Polnare erklärte zum Schluß, es hänge von Frankreich und Belgien ab, ob der moralische Kampf, der gegenwärtig im Gange sei, bald zu seinen Gunsten endigen werde. Seit einigen Monaten seien große Schwierigkeiten zu überwinden, und das Ende der Prüfungen sei noch nicht erreicht. „Aber noch etwas Mut, etwas Geduld, etwas Selbstvertrauen, und der gerechte und ehrliche Frieden werde erzielt werden.“

10 291 227 127 792 M. schwebende Reichsschulden.

Berlin, 11. Mai. Nach dem eben erschienenen Ausweis des Reichsfinanzministeriums beträgt die gesamte schwebende Schuld des Reichs am 30. April 10,29 Milliarden Papiermark.

Vorkopf gegen die französischen Aufrüstungen.

London, 11. Mai. Lord Birkenhead fragte in der Oberkammer die Regierung, welche Informationen sie über den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe, 1. für militärische und 2. für zivile Zwecke, und welches die Politik der Regierung hinsichtlich des Luftstandards sei, den die Sicherheit Englands erfordere. Er fügte hinzu, England besitze 54 Flugabteilungen mit 395 Flugzeugen, dagegen Frankreich 140 Flugabteilungen mit 1260 Flugzeugen. Dieses Mißverhältnis in der Stärke der zwei benachbarten Länder, so freundschaftlich auch ihre Beziehungen seien, sei so alarmierend, daß keine Regierung die Fortdauer dieses Mißverhältnisses gestatten könnte. Lord Salisbury erwiderte namens der Regierung, was besonders die Frage über Deutschland betreffe, 1. bestes Interesse sei, daß die Annahme, daß die deutsche Regierung dem Versailles Vertrag zuwiderhandele. Die deutsche Flugzeugindustrie könne jedoch bis zu einem gewissen Grade außerhalb Deutschlands entwickelt zu werden. Die im Bau befindlichen Handelsflugzeuge entsprächen alle den in dem Friedensvertrag aufgestellten Regeln, mit Ausnahme eines Luftschiffs, das in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut werde.

Zum Anstand auf die russische Delegation inusanne.

Der Wädler Wocig Alexander Conradi ist im Jahre 1896 in Petersburg geboren, hat aber später die schweizerische Staatsangehörigkeit erworben. Er soll Mitglied der nationalen Liga des Kantons Waat sein. Diese Liga hat am vergangenen Sonntag Woroski bedroht und aufgefordert, die Schweiz sofort zu verlassen. Die Liga dementiert aber entschieden, daß der Wädler mit ihr in irgendwelcher Beziehung stehe. Der Wädler ist in Zürich wohnhaft und war am Donnerstag mit dem Nachzug inusanne eingetroffen. In seinem Zimmer fand man ein 4 Seiten umfassendes Schreiben, in dem er seine Absichten, die russischen Herren zu ermorden, darlegt. Er erklärt selbst, daß er mit der Absicht nachusanne gekommen sei, die Delegierten zu töten und zwar, um den Tod seines Vaters und anderer Familienmitglieder zu rächen.

Zer Präsident des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 11. Mai. In der Nacht zum Donnerstag verchied an den Folgen einer schweren Operation in einem Münchener Privatnatorium Friedrich Edler v. Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft. Mit ihm verliert das deutsche Wirtschaftsleben und vor allem die deutsche Landwirtschaft eine ihrer hervorragendsten führenden Persönlichkeiten.

Zunahme des passiven Widerstands.

Paris, 11. Mai. Havas meldet aus Düsseldorf: Im besetzten Gebiet wird gegenwärtig eine erhebliche Zunahme des passiven Widerstands festgestellt. Sabotageakte auf den Schienensträngen häufen sich. Jeden Tag werden Brücken und Schienenwege von Explosivstoffen beschädigt.

Eine Stimme in der Wüste.

Paris, 11. Mai. Der sozialistische „Populaire“ ist bisher das einzige Pariser Blatt, das den Mut findet, gegen das Urteil des Verdener Kriegesgerichts zu protestieren. Das Blatt schreibt: „Dieses Urteil müsse jeden Franzosen mit Scham erfüllen, wenn er sich erkläre, wie man die nordfranzösischen und belgischen Industriellen, die den Befehlen der deutschen Okkupationsbehörden Widerstand geleistet hätten, als Nationalhelden gefeiert habe. Darüber hinaus sei zu befürchten, daß der Spruch des Kriegesgerichts in Deutschland eine höchst gefährliche Atmosphäre schaffe und alle Klassen der Bevölkerung erbittern müsse, so daß die Bemühungen derjenigen, die für eine Politik ehrlicher Erfüllung kämpfen, künftig auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würden als bisher. Man müsse sich in der Tat fragen, was die französische Regierung eigentlich bezwecke. Wenn ihre Politik wirklich auf eine Verständigung, auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und des Problems der Sicherheit gerichtet sei, dann sei die Aufnahme von Verden, die alles andere sei als ein Gerichtsverdict, unbegreiflich.“ — Die große Pariser Presse schweigt. Aus Schamgefühl?

Englische Urteile.

London, 11. Mai. In einem „Wessen Verbrechen?“ überschriebenen Artikel befaßt sich die „Daily News“ mit dem Verdener Urteil. Das Blatt schreibt: Soweit von London aus beurteilt werden könne, sind die Ueberführungen und Urteile nicht nur ohne irgend welches belastendes Beweismaterial zustande gekommen, sondern trotz des genau entgegengesetzten Beweismaterials.



Der Dolar notierte am Freitag in Frankfurt 40 299 G., 40 501 Br., in Berlin 40 373 G. und 40 576 Br.

- 1 Schweizer Franken = 7231 G., 7291 Br.
1 französischer Franken = 2645 G., 2689 Br.
1 italienischer Lira = 1917 G., 1927 Br.
1 holländischer Gulden = 15 810 G., 15 889 Br.
1 spanischer Pesetas = 6097 G., 6127 Br.
1 Pfund Sterling = 185 785 G., 186 715 Br.
100 österreichische Kronen = 56,35 G., 56,65 Br.
1 holländische Krone = 1206 G., 1218 Br.
1 dänische Krone = 7506 G., 7543 Br.

Wehrpreis. Die Südd. Wehrvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spez. 0 auf 260 000 Mk. erhöht.

Starke Erhöhung der Margarinepreise. Vom Verein deutscher Margarinefabrikanten sind die Grundpreise um 900 bis 1400 Mk. je Pfund erhöht worden, so daß sich jetzt die billigste Sorte auf 5000 Mk. und die teuerste auf 7000 Mk. stellt.

Stuttgarter Börse. 11. Mai. Die Spekulation deckte sich an der heutigen Börse mit ziemlich Material ein. Die Festigkeit der Devisen hat weiter dazu beigetragen, daß die Kurse sich meist aufwärts bewegten.

Reichsbank. Am 14. und 15. Mai findet in Würzburg die zweite Reichsbankversammlung statt. Neben den besten bayerischen und württembergischen Stammzuchten sind solche aus Thüringen, Hessen, Nassau und Hannover vertreten.

Wahrscheinliches Wetter.

Bei langsam zunehmendem Luftdruck, der immer noch unter Mittel ist, steht für Sonntag und Montag zunächst noch kühleres, wechselnd bewölkt, in der Hauptsache aber trockenes Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Rundgebung der gesamten Essener Bevölkerung.

Essen, 11. Mai. Die heutige Kundgebung der gesamten Essener Bevölkerung, mit der sich das ganze Ruhrgebiet solidarisch fühlt, nahm einen wahrhaft erhebenden Verlauf und zeigte einen einheitlichen und unbeeuglichen Willen der Bevölkerung.

Reich der Franzosen.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Mitteilung des Vizepräsidenten der Reichsbank, von Glasenapp, wurden von den Franzosen seit Beginn der Ruhrkavation nicht weniger als 27 180 000 000 Mark gewaltsam fortgenommen.

Zur Sicherung der Brotversorgung.

Berlin, 12. Mai. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung. Die Regierung will eine Vorratmenge bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen ansammeln.

Für die Geschäftlichkeit verantwortlich: Ludwig Beck. Druck und Verlag der W. Neumann'schen Buchdruckerei Altona.

nein Olga anlässlich ihres 200. Jahrestages am 26. und 27. Mai errichtet wird. Das Denkmal wird aus einem ruhenden, überlebensgroßen Löwen bestehen.

Verurteilte Württemberger. Der in Weiden von den Franzosen zu 20 Jahren Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe verurteilte Direktor Schäfer ist Württemberger. Er stand bis vor nicht langer Zeit im württ. Staatsdienst als Ministerialdirektor.

Pfällingen, 11. Mai. (Blitzableiterdied.) Von den Dachreitern der Kleinkinderschule und der 'Halla' wurde durch zwei junge Burchen das Edelmetall von den Blitzableitern gestohlen und nach Reutlingen verkauft.

Kalen, 11. Mai. (Ertrunken.) Das zwei Jahre alte Töchterchen des Tagelöhners Heine ist in einem unbewachten Augenblick über die Brücke in die Kal gestürzt und ertrunken.

Biberach, 11. Mai. (Viehdiebstahl.) Dem Landwirt Gerster von Burren, Obd. Biberach, wurde in der Nacht zum Dienstag ein junges Kind im Wert von 500 000 Mk. aus einem unverriegelten Stalle gestohlen.

Zwiefalten, 11. Mai. (Neue Beerdigungsart.) An der Heilanstalt wird zur Vereinfachung der Beerdigungskosten eine Beerdigungsart mittels Halbsarg angewendet. Die Leiche wird in einem der üblichen Form entsprechenden Sarge in das Grab gesetzt und nach der Beerdigung und vor der Einbettung des Sarges der Deckel wieder abgehoben.

Göppingen, 11. Mai. (Trauung.) In Meinsingen wurde Hauptlehrer Waldemar-Bollmaringen mit Prinzessin Maria Rosa von Hohenzollern-Bartenstein standesamtlich und kirchlich getraut.

Hausen a. d. J., 11. Mai. (Der Vater erschossen.) Der jung verheiratete Landwirt Wih. Fohr der bei seinem Vater wohnt, bis sein im Bau befindliches Haus bezugsbar ist, bekam mit seinem Vater wegen des Hansbannes Streit, in dessen Verlauf er nach der Waffe griff und den Vater erschoss.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Nachträgliche Forderung. Der deutsche Gesandte in Christiania hat dem Außenministerium eine Verbalnote überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, daß sie kaum imstande sein werde, den von der norwegischen Regierung geforderten Betrag für die Internierung des Kreuzers 'Berlin' während des Krieges zu bezahlen.

Kein Paktzwang in der englischen Zone. Der englische Kreisdelegierte in Köln hat offiziell mitgeteilt, daß das Inkrafttreten der Ordinanza über den Paktzwang für die englische Zone für einige Tage aufgeschoben ist.

Polen droht mit Repressalien! Der Berliner polnische Geschäftsträger hat im Ministerium des Auswärtigen eine Note überreicht, in der die polnische Regierung über die Behandlung der polnischen Zeitungsberichterstatter in Berlin Klage führt.

Polnische Ausschreitungen. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, wurde das deutsche Zupersonal eines Güterzugs dieser Zone auf dem Güterbahnhof Wrognitz von Polen überfallen.

Geschuldbefreiung ohne Reisezeugnis. Nach einem Erlass des preussischen Unterrichtsministeriums können Docturbegabte, die namentlich in ihrem Berufe den Beweis vortrefflicher Leistungen gegeben haben, aber durch persönliche Verhältnisse nicht auf einem der gewöhnlichen bisherigen Wege zur Hochschule gelangt sind, auch ohne Reisezeugnis zum Universitätsstudium zugelassen werden.

zu verändern. Wichtigen Preisblenden wollen wir durch den neuen feine Macht der Erde liefern kann. Während an denen feine Macht der Erde liefern kann. Während an denen feine Macht der Erde liefern kann.

Bezirks-Rieger-Verband. Vergangenen Sonntag nahm die Bezirks-Rieger-Verband seine 22. Vorstanderversammlung im Saal d. Schwarzwalde in Württemberg. Bezirkskommandant Hiesler begrüßte die Kameraden und gab sodann die Tagesordnung bekannt.

Calw, 9. Mai. (Gründung einer Viehzuchtgenossenschaft für den Bezirk Calw.) Der landw. Bezirksverein hielt am Sonntag, 6. Mai, im Lokal der landw. Winterschule eine Besprechung zwecks Gründung einer Viehzuchtgenossenschaft ab.

Stuttgart, 11. Mai. (Ein Regimentsentwurf der Oligarchen.) In einem kleinen, beschaulich ruhigen Tannenbain der Oberen Anlagen, zwischen Alvinem Garten und Lusthausruine, werden zurzeit Fundamentierungsarbeiten für ein Denkmal vorgenommen.

